

Bericht zum Fachgespräch: Willkommensklassen: Bestmöglicher Start in die Schule?
Pädagogik, Ausstattung, Inhalte

9. April 2014

Es diskutierten: Ulrike Grassau (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft), Carsten Paepfer (Schulleiter Hans-Fallada-Schule, Neukölln), Sigrid Baumgardt (GEW), Frau Holtmann (Kulturen im Kiez e. V.), Frau Nikolova (Amaro Foro)

Moderation: Stefanie Remlinger und Susanna Kahlefeld (Bündnis 90/Die Grünen, MdB)

In den letzten Monaten kamen und kommen eine Vielzahl von Kindern nach Berlin, die über keine Deutschkenntnisse verfügen und dennoch nun hier die Schule besuchen. Oft haben diese Kinder traumatische Erfahrungen gemacht, da sie teilweise aus Kriegsländern stammen, in Armut lebten und zum Teil keine Schule oder vorschulische Einrichtung besucht haben. Einige ältere Kinder können selbst in ihrer Muttersprache nicht Lesen und Schreiben. Doch wie können diese Kinder und Jugendlichen unterstützt werden? Wie kann den Zugezogenen ein guter Start in die deutsche Schule ermöglicht werden? Welche Unterstützung brauchen sie, in welchem Rahmen und zu welchen Bedingungen können sie am besten lernen? Wie können die Kinder in die Schulen inkludiert werden? Diese Fragen führten zu einer spannenden Diskussionsrunde am 9. April 2014 auf Einladung der Abgeordneten Stefanie Remlinger und Dr. Susanna Kahlefeld (Bündnis 90 / Die Grünen, MdB).

Der Erwerb der Landessprache ist eine wichtige Voraussetzung, um dem jeweiligen Schulunterricht folgen zu können. Prinzipiell kann zwischen zwei Ansätzen des Spracherwerbs unterschieden werden: Zum einen können die SchülerInnen in separaten Gruppen lernen, solange bis sie genügend Deutschkenntnisse erworben haben, um den Unterricht zu folgen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, dass die Kinder unmittelbar ein sogenanntes „Sprachbad“ im Regelunterricht erleben, wodurch sie möglichst schnell und unterstützt durch besondere Förderangebote die deutsche Sprache erlernen sollen.

Beide Varianten haben Vor- und Nachteile: Einerseits besteht bei separaten Lerngruppen u.a. die Gefahr, dass eine große Distanz zu den Kindern in den Regelklassen entsteht und dadurch gegenseitig Vorurteile bzw. Diskriminierungen gefördert werden können. Diese (oft auch räumliche) Trennung ist später viel schwieriger wieder aufzuheben. Andererseits können bei direkter Integration in den Regelunterricht z.B. insbesondere die älteren Kinder dem

Fachunterricht in den höheren Klassen ohne Deutschkenntnisse nicht folgen, was zu Frustration und Überforderung der SchülerInnen, und gleichermaßen der Lehrkräfte führen kann. Somit ist es auch absolut notwendig, die Deutsch- und anderen Schulkenntnisse im Vorfeld zu diagnostizieren, um diese Kinder bestmöglich fördern zu können.

Ein guter Ansatz scheint daher zu sein, die Kinder nur so lange wie dringend notwendig in den separaten Klassen zu lassen und sie anschließend in die Regelklassen zu inkludieren. Von den anwesenden ExpertInnen wurde in diesem Zusammenhang heraus gearbeitet, dass es durchaus ein Vorteil sein kann, wenn mehrere Lerngruppen an einer Schule angelagert sind. Denn dann kann nicht nur die Einstufung nach individuellem Lernstand erfolgen, sondern die Gruppen können auch unterschiedlich schnell durchlaufen und Verbesserungen so sichtbar gemacht werden.

Die Kinder sollten dabei nicht nur auf ihre Deutschkenntnisse reduziert werden, auch ihre anderen Kompetenzen sollten anerkannt und gefördert werden. Wichtig wäre es hierbei, Brückenangebote zu schaffen, wie z.B. ein gemeinsamer Sportunterricht oder Paten- bzw. Tandemmodelle. So würde es den Kindern auch leichter gemacht, soziale Kontakte zu knüpfen.

Von den Betroffenenvertretern wurde zudem kritisiert, dass viele Ganztags- und Ferienangebote den zugewanderten Kindern nicht zustünden. Oft haben die Kinder noch keinen Platz bei Berechnung von Angeboten und Betreuungsschlüsseln. Hier ist die Politik gefragt, den Kindern diese Möglichkeiten zu geben, um nicht nur die Sprache besser lernen, sondern auch soziale Kontakte finden zu können. Des Weiteren wurde beklagt, wie lange eine Beantragung der sogenannten Berlin-Pässe, durch die z.B. Fahrtkosten oder das Schulmittagessen vergünstigt werden, in der Regel dauert.

Sigrid Baumgardt machte darauf aufmerksam, dass auch die Lehrkräfte Unterstützung benötigen und besser auf die derzeitige Situation besser vorbereitet werden müssen. Es fehlten Angebote für zusätzliche Fortbildungen zu Themen wie Sprachförderung bzw. Spracherwerb insbesondere für Lehrkräfte, die nicht Sprachen unterrichten. Aber auch das Thema Diskriminierung an den Schulen sollte stärker in den Fokus von Fortbildungen gelangen. Generell fühlen sich viele Lehrkräfte allein gelassen und überfordert. Insbesondere neue Lehrkräfte müssen noch stärker ins Kollegium integriert werden. Hilfreich für die Förderung der Kinder können LehrerInnen sein, die die Sprache der jeweiligen Kinder beherrschen. Allerdings ist es schwierig, ausgebildete PädagogInnen zu finden und es können bei der

Vielzahl der Sprachen nicht alle Sprachen ausreichend abgedeckt werden. Zudem gibt es oft Schwierigkeiten der Anerkennung der pädagogischen Ausbildung, z.B. wenn praktische Jahre noch in den Heimatländern absolviert werden müssen.

Alle Kinder – egal ob zugewandert oder nicht – sollten sich an ihrer Schule willkommen fühlen, mit ihren individuellen Bedürfnissen angenommen werden und eine anregende Lernumgebung sowie Unterstützung erleben. Dazu muss noch einiges verbessert werden. Die Schulen und Lehrkräfte dürfen mit ihren Sorgen und Befürchtungen nicht allein gelassen werden, sondern sie müssen durch Schulpolitik und -verwaltung unterstützt und gefördert werden. Letztlich muss sich auch unser Aller Willkommenskultur gegenüber diesen Kindern verändern. In diesem Sinne stimmte es hoffnungsvoll, dass das ausgesprochen gut besuchte Fachgespräch in ebenso konzentrierter wie positiv-sachlicher Atmosphäre geführt wurde. Gleichzeitig war allen Anwesenden klar, dass an diesem Thema weiter aufmerksam gearbeitet werden muss. Insbesondere wird der Frage nachzugehen sein, wie sich die Situation der jüngeren Kinder unterscheidet von der, in der sich zugewanderte Jugendliche befinden. Stefanie Remlinger hat daher zwei Besprechungspunkte für den Bildungsausschuss angemeldet, um dem Thema für die beiden Altersgruppen noch einmal separat nachzugehen.